

Welchen Kurs wird die Islamische Republik Iran einschlagen?

Perspektiven nach der Wahl von Ebrahim Raisi zum Präsidenten und dem Amtsantritt von US-Präsident Joseph R. Biden

Vortrag bei der DGVN, Landesverband Bayern, am 18.10.2021

Dr. Heinrich Matthee

Unterschätzter Widerstand?

Donald Trump mag nicht mehr US-Präsident sein, doch die Auswirkungen seiner Politik sind noch immer vielerorts spürbar, so auch im Iran.

Der größtmögliche wirtschaftliche Druck von Seiten Trumps bewirkte nicht den Kollaps der Islamischen Republik. Doch haben die verschärften Wirtschaftsanktionen der USA die iranische Wirtschaft weiter geschwächt. Von 2018 auf 2019 ging das Bruttoinlandsprodukt um 12% zurück. Armut und Not selbst in mittelständischen Haushalten nahmen signifikant zu. Wirtschaftliche Schwäche und das Risiko sozialer Unruhen sind jetzt sicherlich die größten inländischen Herausforderungen der iranischen Regierung.

Als die iranische Regime vor einem Jahrzehnt den Begriff "Widerstandsökonomie" prägte, lachten sogar viele Iraner. Doch ist die iranische Wirtschaft, die McKinsey¹ als "die 1-Billion-Dollar-Bonanza" titulierte, heute sehr diversifiziert. Die Nicht-Öl-Exporte haben den Sanktionen weit besser als die Öl- und Gasausfuhren getrotzt. Die iranische Wirtschaft verdankt ihr Überleben in den Sanktionsjahren 2018-2021 in erheblichem Maß der industriellen Entwicklung der Jahrzehnte davor. Von 2020 bis März 2021 wurde 0,7% Wachstum verkündet, und für dieses Wirtschaftsjahr werden rund 2% Zuwachs vorgeresagt.

Natürlich war es die Regierung, die die Grundlagen für das Wachstum der Exporte aus dem Nicht-Öl-Sektor legte. Doch trugen auch Maßnahmen auf Haushalts-, Unternehmens- und Fabrikebene dazu bei, Härten zu mildern und neue Handelsmöglichkeiten zu erkennen oder zu etablieren. Neue Produkte wurden hergestellt, die Wertschöpfung gesteigert. Der Privatsektor verbesserte seine Fähigkeit, Daten eigenständig zu gewinnen und zu analysieren, um auf dieser Grundlage neue Strategien zu entwickeln und kontinuierlich Wissen zu generieren, wie

man Sanktionen überlebt. Bei der Erschließung neuer Märkte stand Asien, insbesondere die Volksrepublik China, an 1. Stelle.

Es gelang, die "Widerstandsökonomie" zu verwunden, aber es gelang nicht, sie in die Knie zu zwingen. Die iranischen Treibstoff- und Petrochemieexporte haben in den letzten Jahren trotz strenger US-Sanktionen einen Boom erlebt. Der im August angekündigte Gasfund im Kaspischen Becken Chalous entspricht theoretisch 20 Prozent des aktuellen Bedarfs Europas.

Gemäß dem Ökonomen Bijan Khajepour wären nun in der iranischen Wirtschaft erhebliche Effizienzgewinne möglich. Würde das Nuklearabkommen JCPOA heute wieder in Kraft gesetzt, so würden die europäischen Unternehmen im Iran aber nicht mehr in den gleichen Markt wie 2015/2016 einsteigen. In allen Sektoren haben sich Verschiebungen ergeben.

Politische Veränderungen

Die Islamische Republik vermischt auf einzigartige Weise gewählte republikanische Institutionen, wie einen Präsidenten und ein Parlament, mit nichtgewählten islamistischen Institutionen. Zu letzteren zählt das an der Staatsspitze stehende, mächtigste Amt des Obersten Führers. Der maximale Druck, den US-Präsident Trump auf den Iran ausübte, bewirkte nicht die von ihm intendierten massiven sozialen Proteste, die den Zusammenbruch des politischen System auslösen sollten. Sein Vorgehen sorgte eher dafür, dass die Zentristen und Reformen unter Rohani mit keinen wirtschaftlichen Verbesserungen aufwarten konnten. Dadurch konnten sie sich nicht weitreichende politische Unterstützung der unterschiedlichen politischen Lager sichern.

Kandidaten für öffentliche Ämter werden vom Wächterrat überprüft, einem zwölfköpfigen Gremium aus Klerikern und Juristen, die entweder vom Obersten Führer Ali Khamenei oder dem Obersten Richter nominiert werden. Von den 590 Bewerbern zur Präsidentschaftswahl im Juni 2021 wurden zwei der aussichtsreichsten Konkurrenten von Ebrahim Raisi ohne Abgabe einer Begründung disqualifiziert - der ehemalige Präsident Mahmud Ahmadinejad und der ehemalige Parlamentspracher Ali Larijani. Nur sieben Kandidaten wurden für die Wahl zugelassen, darunter nur zwei Zentristen bzw. Reformen. Damit war es klar, dass Raisi mit dem Segen des Obersten Führers Khamenei die Wahl gewinnen würde. Keiner der anderen sechs Kandidaten hatte eine echte Chance zu gewinnen.

Die Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl lag bei gerade einmal 48%, verglichen etwa mit den rund 70% bei früheren Präsidentschaftswahlen. Von den mehr als 59 Millionen Wahlberechtigten blieb die Mehrheit zuhause, rund 3,5 Millionen gaben ungültige Stimmzettel ab, und nur 17,9 Millionen stimmten für Raisi. Bei der Parlamentswahl im Februar 2029 hatte die Wahlbeteiligung mit 42% sogar noch niedriger gelegen.

Einige westliche Kommentatoren interpretierten diese Zahlen als signifikante Schwächung der Legitimität des politischen Systems. Doch gibt es außer der Wahlbeteiligung keine weiteren Indikatoren, die auf ein erhöhtes Legitimitätsdefizit der Regierung hinweisen. Sicherlich sendeten die Wahlberechtigten bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aber das Signal, dass sie das "selektokratische" Vorgehen der Regierung, sprich den Ausschluss möglicher Alternativen, missbilligten.

Viele junge Zentristen und Reformer haben sich inzwischen von der Politik abgewandt, und diese politischen Lager scheinen derzeit ohne starke Führer zu sein. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums gibt es eine neue Generation von Konservativen, die die Härten des Iran-Irak-Kriegs nicht persönlich erlebt hat und die extremere und ideologisierte Ansichten hat als die Generation Konservativer davor.

Die Reihen schliessen

Die Richtlinien der Politik werden in der Islamischen Republik vom Obersten Führer Ayatollah Ali Khamenei und dem Nationalen Sicherheitsrat festgelegt. Doch sind auch Zusammensetzung und politische Ausrichtung der Regierung von Bedeutung. Exekutive, Legislative und Judikative werden von nicht-Zentristen geleitet, nämlich Präsident Raisi, dem Parlamentssprecher Mohammad Bagher Ghalibaf bzw. dem Obersten Richter Gholam Hussein Mohseni-Ejei. Zusammen bilden sie ein Koordinationskomitee für schnelle politische Entscheidungen. Ungeachtet dessen bleibt der Nationale Sicherheitsrat das wichtigste Gremium für alle Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung.

Im Gegensatz zu den sieben Präsidenten, die vor ihm amtierten, hat Raisi keine eigene Machtbasis. Seinen engsten Mitarbeiterkreis und sein Kabinett besetzte er mit Personen, die entweder aus Institutionen kommen, die mit dem Obersten Führer verknüpft sind oder aus den Reihen politischer und revolutionärer Stiftungen oder aus der Führung der Revolutionsgarden (IRGC) rekrutiert wurden. Viele von ihnen stehen auf Sanktionslisten der USA.

Zum Beispiel ist der 1. Vizepräsident Mohammad Mokhber ehemaliger Leiter von Setad, einem weitverzeigten wirtschaftlichen Konglomerat, das unter der Kontrolle des Obersten Führers steht. Der ehemalige Kommandant der Revolutionsgarden Mohsen Rezai wurde zum Vizepräsident für Wirtschaftliche Fragen ernannt. Der neue Industrie-, Handels- und Bergbauminister Reza Fatemi war leitender Manager der mit US-Sanktionen belegten Astan Qods Razavi Foundation. Hojat Abdolmaleki, ein bedeutender Theoretiker der "Widerstandsökonomie" mit Verbindungen zu den Revolutionsgarden, ist neuer Arbeitsminister.

Als Ölminister wird ein Technokrat mit Namen Javad Oji amtierend, obwohl sich Raisi zunächst für dieses Amt Rostam Qassemi gewünscht hatte, der in Ahmadinejads Regierung dasselbe Ressort bekleidet hatte. Qassemi wird ersatzweise Minister für Verkehrs- und Stadtentwicklung werden - damit ist dafür gesorgt, dass er Ausschreibungen und Verträge an Unternehmen vergeben kann, die den Revolutionsgarden nahestehen. Minister unter Ahmadinedjad war auch Ali Akbar Mehrabian, er wird das Energieressort übernehmen. Ahmad Vahidi, Verteidigungsminister unter Ahmadinedjad und Kommandeur der al-Quds-Einheiten der Revolutionsgarden in den 1980er/1990er Jahren, wird das Innenressort leiten. Seyyed Esmail Khatib, der neue Minister für Geheimdienste, diente Khamenei jahrelang als Sicherheitschef.

Mit einem von ihm abhängigen Präsidenten und Parlament hat der Oberste Führer, der 82jährige Ali Khamenei, die Grundlagen für eine sichere Transition der Macht für den Fall seines Ausscheidens gelegt. Stützen dieses Übergangs sind nicht gewählte islamistische Institutionen, die Revolutionsgarden und informelle Insidernetzwerke.

Das Nukleardossier

Anthony Cordesman vom Washingtoner Center for Strategic and International Studies (CSIS) erklärt: „Es gibt keine offizielle US-Vorhersage, wie schnell der Iran genug spaltbares Material für den Bau einer Atombombe bzw. deren glaubhaften Einsatz beschaffen kann. Die meisten nichtamerikanischen Einschätzungen versuchen, den „nuklearen Ausbruch“ des Irans in Bezug auf eine einzige Atombombe von nicht angegebener Größe, Wirkung und Bewaffnungsgrad zu bewerten. Einige anspruchsvolle Vorhersagen, die ihre Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen schöpfen, beziffern den Zeitraum zwischen 2,7 Monaten und einem Jahr. Doch sie haben keinen Zugang zu eingestuftem Daten, und selbst die besten

Einschätzungen gründen nur auf Vermutungen, auch wenn sie wissenschaftlich fundiert und technisch ausgefeilt sind.“²

Der Leiter des israelischen Militärgeheimdienstes, Generalmajor Tamir Hayman, meinte im Oktober 2021: „Es gibt eine angereicherte Menge [von Uran] in einer Größenordnung, wie wir sie noch nie gesehen haben, und dies ist beunruhigend. Zur gleichen Zeit erkennen wir in allen anderen Bereichen des iranischen Nuklearprojekts keine Fortschritte, weder im militärischen Bereich noch im Finanzsektor noch in irgendeinem anderen Feld. Der noch verbleibende Zeitraum von zwei Jahren bis zu einem „nuklearen Ausbruch“ hat sich damit nicht geändert. Denn selbst von dem Moment an, in dem Sie diesen Punkt erreichen, ist es noch ein langer Weg bis zur Bombe. Nach unserem besten Wissen hat sich die Lage nicht geändert, sie steuern nicht auf einen nuklearen Ausbruch hin. Sie steuern derzeit nicht auf eine Bombe hin, doch könnte dies in ferner Zukunft der Fall sein.“³

Henry Kissinger hat einmal gesagt: „Die Androhung des Selbstmords bietet keine hinreichende Abschreckung vor dem Risiko, ermordet zu werden.“ Jedwede gefühlte nukleare Bedrohung durch den Iran kann Israel zu einem präventiven Angriff verleiten oder die USA dazu verpflichten, erweiterte Abschreckungsmaßnahmen zu ergreifen. Dies kann eine Eskalationsdynamik auslösen, die als letzte Konsequenz zu verheerenden Nuklearangriffen auf den Iran führen könnte. Derzeitige Strategie des Iran ist es, sich auf die Gewinnung von Einfluss in Nachbarstaaten sowie bei nichtstaatlichen Akteuren zu konzentrieren, massive Kapazitäten für irreguläre Kriegsführung im Persischen Golf oder in seiner Nähe aufzubauen und sich auf ein wachsendes Arsenal konventioneller Präzisionswaffensysteme zu verlassen. Dies ist sowohl für den Iran wie auch für die Großregion ungefährlicher, als wenn der Iran Atomwaffen entwickeln und eine Nuklearstreitmacht aufstellen würde. Im Übrigen kann der Iran auch einen vergleichsweise ungefährlichen strategischen Hebel nutzen, indem er ständig am vermeintlichen Rand eines „nuklearen Ausbruchs“ steht.

Der neue Außenminister Hossein Amir Abdollahian verfügt über Irak-Erfahrung und hatte ein engeres Verhältnis zum von den USA getöteten General der Revolutionsgarden Qasem Soleimani als sein Vorgänger. Das Nukleardossier wird jedoch im Wesentlichen von einem scharfen Kritiker des JCPOA, Ali Baheri Kani, bearbeitet werden, er gehört zur Erweiterten Familie des Obersten Führers. Sollte das JCPOA wieder in Kraft gesetzt werden, könnte der neue Parlamentssprecher Mohammad Baqer Qalibaf, der ehemalige Chef der Luftstreitkräfte

der Revolutionsgarden und Neffe von Khameneis Frau, die Ratifizierung im Parlament erleichtern.

Das Verhältnis zur Internationalen Atomenergiebehörde IAEA

Europäischen Regierungen waren unfähig, trotz neuer EU-Gesetze und expliziter EU-Richtlinien, besorgten Firmen und Banken ein Gefühl des Schutzes vor den US-Sekundärsanktionen zu vermitteln. Iranische Politiker erachteten deshalb die europäischen Staaten als „Papiertiger“ in ihrem Verhältnis zu den USA.

Im Januar 2020 drohte US-Präsident Trump, iranische Denkmäler und Kulturerbestätten zu zerstören, was ein internationales Kriegsverbrechen darstellen würde. Das Schweigen der europäischen Regierungen fiel auch auf sie zurück, behauptet die EU doch ständig, eine Werteunion und eine moralische Soft Power zu sein. Die Drohung war in dem Jahr, in dem der Iran den Tod von Ferdowsi vor ein tausend Jahren feierte, dem Autor von *Shahnameh* und dem Mann, dem manchmal die Rettung der persischen Sprache zugeschrieben wird. Die meisten Iraner sind sich der Zugehörigkeit zu einer alten Zivilisation und tiefe Kulturen bewusst. Khamenei behauptet aber immer, dass ausländische Mächte auch einen „sanften Krieg“ gegen das Erbe, die islamische Identität und Kultur des Iran führen.⁴ Die Drohung von Trump war noch ein Eigentor.

Nachdem israelische Agenten iranische Nuklearwissenschaftler ermordet hatten, wandten sich iranische Diplomaten an mehrere europäische Regierungen mit der Bitte, diese Attentate zu verurteilen. Doch vor dem Hintergrund ihrer engen Beziehungen zu Israel weigerten sich die angesprochenen Regierungen, ihre Ablehnung sowohl im konkreten Fall als auch im Grundsatz zu erklären. Könnten solche Präzedenzfälle sich künftig als Bumerang für die Europäer erweisen? Das so gestärkte Israel verstieg sich dazu, am 11. April 2021 einen Angriff auf die Stromversorgung der unterirdischen Fabrik für Zentrifugen im iranischen durchzuführen – dies während der laufenden Gespräche über die Wiederinkraftsetzung des JCPOA zwischen Iran, den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland und China.

Vor dem Hintergrund solcher Sabotageangriffe hatte der Iran nach dem Rückzug der USA aus dem JCPOA den Zugang der IAEA-Inspektoren zu seinen Nuklearanlagen eingeschränkt. Doch gewährte Teheran der Agentur kürzlich wieder eingeschränkte Besuche – offenbar um

die diplomatischen Atomverhandlungen in Wien zu retten. Khazem Garibadadi, iranischer Vertreter bei der IAEA in Wien, sagte: „Wenn die Behörde Inspektionen durchführen will, muss sie eigenverantwortlich handeln und terroristische Angriffe auf iranische Technologiezentren klar verurteilen.“⁵ Gharibabadis Kommentar bezog sich auf einen weiteren Sabotageakt, diesmal an der Nuklearanlage Karaj im Juni 2021, von dem allgemein angenommen wird, dass er ebenfalls von Israel verübt wurde.

Die Zukunft des JCPOA

Mit vereinten Kräften versuchen die meisten an den JCPOA-Gesprächen beteiligten iranischen Diplomaten, die wieder in Kraft gesetzten US-Sanktionen zu beenden. Im Unterschied etwa zum Jahr 2011 sind nun auch viele der Unternehmen, die zu religiösen Stiftungen, revolutionären Organisationen oder staatlichen Institutionen gehören, zu Exporteuren aufgestiegen und haben nun mit den vielfältigen US-Sanktionen zu kämpfen.

Die Diplomaten sind zum Ergebnis gekommen, dass die „Widerstandsökonomie“ zwar durch eine Steigerung der Wertschöpfung und eine Ausweitung der Asien-Exporte überleben könnte, doch würde diese Strategie bei fortdauernden US-Sanktionen und weiterhin begrenztem Zugang zum internationalen Bankensystem an Grenzen stoßen. Beispielsweise können die iranischen Exporteure bei Gaslieferungen an den Irak, einen engen Verbündeten Teherans, nicht sicher sein, ihr Geld zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund gibt es für die politischen Entscheidungsträger im Iran drei Szenarien:

1. Eine Fortsetzung des Status Quo, mit der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen durch die Regierung, z.B. durch das Angebot von Beteiligungen an Staatsunternehmen,
2. Ein Zwischenabkommen, um sukzessive Zugriff auf die iranischen Guthaben auf internationalen Konten in Höhe von 100 bis 130 Milliarden Euro zu bekommen (es handelt sich um staatliche Guthaben und solche von iranischen Banken und Unternehmen)
3. Ein umfassendes Abkommen mit sofortigem Zugriff auf diese Finanzmittel

Viele politische Akteure sind freilich skeptisch, dass ein wieder in Kraft gesetztes JCPOA dieses Ziel erreichen würde. Denn auch in der Frage des Zugangs zu den iranischen Auslandsguthaben sind die Auswirkungen von Trumps rigider Iran-Politik noch immer zu

spüren. Die akribische Überprüfung der Aufhebung der Sanktionen und Garantien mit dem Ziel, dass sich die USA nicht wieder zurückziehen, wären für den Iran zentrale Themen. Seiner Einschätzung nach hat es sich zuvor 16-mal einer akribischen Überprüfung durch die IAEA unterzogen, während die Vereinigten Staaten die Sanktionen gegen den Iran nicht aufhoben und Hindernisse für die Normalisierung ihrer internationalen Handelsbeziehungen nicht effektiv und praktisch – wie vom JCPOA gefordert – abbauten.

Auch ist offen, ob die Zwischenkongresswahl in den USA im Jahr 2021 und eine mögliche Wahl des republikanischen Kandidaten zum US-Präsidenten im Jahr 2024 die diplomatischen Fortschritte zur Wiederinkraftsetzung des JCPOA torpedieren wird.

Der iranische Ökonom Esfandiyar Batmanghelidj hält einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren für ausreichend, um Haushalten sowie klein- und mittelständischen Unternehmen ausreichend Gelegenheit zu geben, ihre Infrastruktur im Hinblick auf eine mögliche künftige Krise auszubauen und in den Betrieb zu investieren. Ein neuer Bericht des Majlis Research Center zählt praktische Maßnahmen auf, die iranische Akteure durchführen können, um die Richtlinie für nachhaltige Sanktionsabwehr des Obersten Führers umzusetzen.

Die Folgen der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan

Iranische Regierungsvertreter werten den Rückzug der USA aus Afghanistan als Niederlage gegen die Taliban, eine relativ kleine, ideologisch motivierte Miliz. Aus iranischer Sicht ist das ein Sieg, der die Investitionen in die von Teheran angeführte "Achse des Widerstands" und das regionale Netzwerk Iran-freundlicher Milizen rechtfertigt. Dieser Sieg rechtfertigt die iranische Strategie der asymmetrischen Eindämmung der USA. In der veränderten geopolitischen Landschaft erkennt der Iran eine Chance, seine Beziehungen zu China, Russland und den arabischen Golfstaaten zu verbessern, indem er sich als unverzichtbare Macht im Mittleren Ostens präsentiert, an der niemand vorbeikommt.

Die iranische Übernahme einer Schutzmachtfunktion für die schiitische Gruppe der Hazara in Afghanistan wird nicht nur von konfessioneller oder gruppenbezogener Solidarität motiviert. Die Revolutionsgarden haben eng mit der afghanische-schiitischen Fatemiyun-Miliz zusammengearbeitet, viele ihrer nach Syrien entsandten Kämpfer sind 2020 nach Afghanistan zurückgekehrt. Die Revolutionsgarden möchten diese besonderen Beziehungen weiterhin pflegen, während die iranische Regierung im Kontext einer breiter angelegten,

geostrategischen Regionalpolitik mit den Taliban pragmatisch kooperieren will. Beide Ziele zu vereinen, wird eine knifflige Aufgabe sein.

Natürlich kann es dem Iran nicht gefallen, dass in der neuen afghanischen Regierung die Taliban und damit Paschtunen eine Quasi-Monopolstellung haben. Fast alle Ministerposten entfallen auf Angehörige der ethnischen Gruppe der Paschtunen. Im Iran wird auch nicht gerne gesehen, dass unter den Taliban-Ministern diejenigen in der Mehrheit sind, die besonders enge Verbindungen zur pakistanischen Regierung pflegen. Ali Shamkhani, der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats des Iran, drückte in einer Twitter-Botschaft Teherans Unzufriedenheit über die Zusammensetzung der Taliban-Regierung aus.

Während der Iran vom Export von Waren nach Afghanistan profitiert, gelangen von dort Opium und Heroin ins Land. Dies hat verheerende Auswirkungen auf die iranische Gesellschaft. Mit der Kontrolle über die Anbauflächen in ganz Afghanistan könnten die Taliban Rauschmittel künftig Drogen als Waffe zur Destabilisierung des Nachbarlands einsetzen. Der Vertreter des Irans bei den Vereinten Nationen, Majid Takht Ravanchi, betonte, dass der Iran sehr besorgt über professionelle Kriminelle sei, die Drogen aus Afghanistan schmuggeln. Doch gibt es sowohl für den Iran wie auch für die Taliban gute geostrategische Gründe, um den Drogenschmuggel zu bekämpfen. Dieses Ziel könnte beide Länder zusammenführen, anstatt sie zu trennen. Ein weiteres Thema sind Flüchtlinge. Der Iran beherbergt bereits rund 2,7 Millionen Afghanen (davon zwei Millionen unregistrierte Flüchtlinge). Aufgrund seiner angespannten wirtschaftlichen Situation kann sich das Land keine neue Welle afghanischer Flüchtlinge leisten.

Das legale bilaterale Handelspotenzial wird auf bis zu 3 Milliarden USD pro Jahr geschätzt. Pakistan und die Türkei dürften derzeit aber besser positioniert sein, um die wirtschaftlichen Vorteile einer wirtschaftlichen Stabilisierung Afghanistans zu genießen.

Überleben in einer instabilen Nachbarschaft

Während der Präsidentschaft von Hassan Rohani haben der Iran und Russland ihre bereits enge Zusammenarbeit in zahlreichen bilateralen und multilateralen Fragen noch ausgebaut. Die 26-jährige Freundschaft zwischen dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif trug dazu bei, ebenso Präsident Rohanis Pragmatismus und seine langjährige Erfahrung in nationalen Sicherheitsinstitutionen.

Nun müssen ausländische Regierungen lernen, mit neuen politischen Entscheidungsträgern umzugehen, die in der Vergangenheit an den wichtigsten außenpolitischen Fragen nicht intensiv beteiligt waren und die ein anderes Verhalten an den Tag legen wollen als ihre Vorgänger, die sie in der Vergangenheit nicht selten kritisiert haben. Unerfahrenes Personal in der iranischen Diplomatie könnte zu mehr Inkonsistenz und Unvorhersehbarkeit führen.

Staatspräsident Raisi hat keinen militärischen Hintergrund, deshalb wird er sich in Sicherheitsfragen auf den Rat von Kommandeuren verlassen, die unter ihm dienen. Die einflussreichsten militärischen Führer stammen aus den Revolutionsgarden und verfolgen alle dieselben Prioritäten:

- Bewaffnung, Ausbildung und Finanzierung von iranischen Stellvertretermilizen der “Achse des Widerstands” im Nahen und Mittleren Osten. Abdollahian deutete an, dass der Iran diese Achse noch stärker institutionalisieren möchte.
- Druck zugunsten eines weiteren Rückzugs von US-Truppen aus der Großregion
- Erhöhung des iranischen Abschreckungspotenzials durch Ankurbelung seines Raketenprogramms
- Fortdauernder Widerstand gegen Israel
- Vertiefung der militärischer Beziehungen mit China, Russland und anderen Ländern, die die US-Präsenz in der Großregion herausfordern. Für diese Länder bleiben ihre Interessen und Beziehungen gegenüber bzw. Mit der internationalen Gemeinschaft und den USA jedoch meist wichtiger als die mit dem Iran.

Nach dem Sieg der Taliban in Afghanistan könnte aus diesem Land eine neue Welle des Terrorismus auf den Iran zurollen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass zum “Islamischen Staat” gehörende Gruppen in den letzten Jahren erfolgreiche Angriffe Anschläge in Teheran (2017) sowie in Ahvaz und Chahabar (2018) durchgeführt haben.

Darüber hinaus wird der Schattenkrieg, der zwischen dem Iran und Israel in verschiedenen Ländern und maritimen Gewässern ausgetragen wird, fortgesetzt. Zu keinem Zeitpunkt in seiner jüngeren Geschichte hatte Israel so viele diplomatische, wirtschaftliche und militärisch-geheimdienstliche Beziehungen zu herrschenden Akteuren in Ländern in der Nähe des Irans. Zu diesen Akteuren zählen die VAE, Bahrain, die kurdische Regionalregierung im Irak und Aserbaidschan.

Auch befinden sich heute der Irak, Syrien und Libanon - Länder, die einst das kulturelle Herz des Nahen und Mittleren Ostens waren - in verschiedenen Stadien wirtschaftlichen und politischen Niedergangs, mit entsprechenden sicherheitspolitischen Folgewirkungen. Bei den Parlamentswahlen im Irak im Oktober 2021 wurden von pro-iranischen Milizen unterstützte Parteien behindert und erhielten nicht so viel Unterstützung wie die mit dem schiitischen Geistlichen Moqtada al-Sadr verbundene nationalistische Sairun-Allianz. Sadr war und ist einer der stärksten Gegner der US-Einmischung in die irakische Politik. Sein Sieg signalisiert eine weitere Wende, wie in Afghanistan, wo Kräfte, die sowohl dem Iran als auch den USA kritisch gegenüberstehen, ihre Macht ausweiten. Fehler der USA oder des Iran könnten sie natürlich auch in die Arme anderer Mächte treiben.

Dominante Denkweisen

Fraktionskämpfe und der unterschiedliche Einfluss der verschiedenen Mächte auf die gegenwärtige Konstellation werden andauern. Im Vergleich zur Präsidentschaft Rohanis wird ein kleinerer Kreis gleichgesinnter Führer in den nächsten Jahren die gewählten und nicht gewählten Institutionen im Iran leiten. Sie werden in einer Zeit des internen Übergangs an der Spitze stehen und regionale Verschiebungen anführen. Sie werden vor dem Hintergrund der Auswirkungen maximalen Drucks agieren, aber auch auf der Grundlage der tief verwurzelten iranischen Interessen und ihrem Vertrauen in die „Widerstandsökonomie“.

Die alte und neue Führung und die aus vielen Gruppen zusammengesetzte iranische Bevölkerung wissen, dass sie in einer Region mit schnell veränderlichem Schicksal leben, in der sie mehr Macht und Beständigkeit haben als die Entscheidungsträger in fernen Hauptstädten. Nach den jüngsten Ereignissen im Irak, Syrien und Afghanistan werden solche Antriebe, Denkweisen und Kalkulationen auch weiterhin die Innen- und Außenpolitik des Irans prägen.

Dr. Heinrich Matthee ist selbständiger Risikoanalyst und Dozent für Internationale Wirtschaftsstrategie und Politisches Risikomanagement im Nahen und Mittleren Osten an der Hanze-Fachhochschule in Groningen.

¹ McKinsey Global Institute, *Iran: The 1 trillion \$ growth opportunity?*, June 2016.

² “Iran says Israeli attacks on nuclear sites must stop”, *Al-Monitor*, 2 October 2021, <https://www.al-monitor.com/originals/2021/09/iran-says-israeli-attacks-nuclear-sites-must-stop>.

³ Anthony H. Cordesman, *The Other Sides of Renegotiating the JCPOA Iran Nuclear Agreement*, CSIS, 15 April 2021, <https://www.csis.org/analysis/other-sides-renegotiating-jcpoa-iran-nuclear-agreement>.

⁴ “Denying the existence of a soft war against Islam is itself a soft war trick”, 27 November 2018, Website of Ayatollah Ali Khamenei, <https://english.khamenei.ir/news/6152/Denying-the-existence-of-a-soft-war-against-Islam-is-itself-a>. Also see Narges Bajoghli, *Iran Reframed: Anxieties of Power in the Islamic Republic* (Stanford University Press, 2019).

⁵ “Iran not getting the bomb any time soon – Military intelligence head”, *Jerusalem Post*, 3 October 2021, <https://www.jpost.com/middle-east/iran-news/head-of-military-intelligence-iran-not-getting-the-bomb-any-time-soon-680853>.